

Seminar: Die „Wehrhafte Demokratie“ im Verfassungs- und Europarecht

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Stärke rechtsautoritärer und rechtspopulistischer Parteien wird erneut über die Frage diskutiert, inwieweit der deutsche demokratische Verfassungsstaat, aber auch die EU und der Europarat sich gegen ihre Feinde verteidigen können. Insofern soll das Seminar dazu beitragen, die Rolle des nationalen und europäischen Rechts für den Schutz von Demokratie und Verfassungsstaatlichkeit näher zu beleuchten. Es soll aus verfassungs- und europarechtlicher Perspektive gefragt werden, ob und inwieweit die Demokratie sich selbst schützen kann bzw. muss, wie „wehrhaft“ sie also ist oder sein sollte, welche Instrumente das Verfassungsrecht hierfür zur Verfügung stellt und wie wirksam diese sind.

Einstiegsliteratur:

- Voßkuhle/Kaiser, JuS 2019, 1154, Grundwissen: Wehrhafte Demokratie
- Beaucamp, JA 2021, 1.
- Steinbeis, Maximilian: Ein Volkskanzler, VerfBlog, 2019/9/09, <https://verfassungsblog.de/ein-volkskanzler/>, DOI: 10.17176/20190909-201315-0.

Themen:

I. Hintergrund: Das theoretische Konzept der wehrhaften Demokratie und praktische Beispiele aus der Geschichte und Gegenwart

1. Karl Löwenstein und die „militant democracy“ (1937)
2. Die Weimarer Verfassung und der Aufstieg der Nationalsozialisten
3. Democratic backsliding in Europa: Der Abbau der Unabhängigkeit Justiz in Polen und Ungarn - ein Vergleich

II. Wehrhafte Demokratie und Parteien

4. Parteienverbote
 - a. Nach dem GG
 - b. Nach der EMRK
5. Parteienfinanzierung und ihre Grenzen

III. Wehrhafte Demokratie, Verfassungsgerichtsbarkeit und Justiz

6. Die Wahl der VerfassungsrichterInnen
7. Notwendige Gesetzesänderungen zum Schutz der Unabhängigkeit des BVerfG
8. Entlassung von RichterInnen
 - a. Nach dem deutschen Recht
 - b. Nach der EMRK

IV. Wehrhafte Demokratie: Regierung und Beamte

9. Grundrechtsverwirkung
10. Entlassung von BeamtInnen
 - a. Nach dem GG
 - b. Nach EMRK
11. Die Verfassungstreue kommunaler Wahlbeamter
12. Das Merkel-Urteil
13. „Äußerungsbefugnisse“ von Regierungsmitgliedern im politischen Meinungskampf

V. Der Schutz der wehrhaften Demokratie durch die Europäische Union

14. Das Verfahren nach Art. 7 EUV

15. Die Rechtsprechung des EuGH zur Unabhängigkeit der Justiz in den Mitgliedstaaten

VI. Medien

16. Die staatliche Pflicht zum Schutz unabhängiger Medien durch die EMRK

17. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und der Programmauftrag zu umfassender und ausgewogener Information

18. Maßnahmen der EU gegen Desinformation